

Korrespondenz

für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer

Herausgegeben vom Verband der Deutschen Buchdrucker

Bezugspreis 1 RM. monatlich, nur Postbezug. Das Einzel Exemplar 15 Pf. ohne Porto. Erscheinungstage Mittwoch und Sonnabend. Schriftleitung und Geschäftsstelle: Berlin SW 61, Dreibrundstr. 5

64. Jahrgang

Berlin, den 3. November 1926

Nummer 87

Zum Kampf um den Achtfundentag

In der eindeutigen Festlegung des Achtfundentages sieht die deutsche Arbeiterchaft den Kernpunkt des sogenannten Arbeitsschutzgesetzes. Dagegen rennen aber in letzter Zeit die Unternehmer mit doppeltem Eifer Sturm. Es ist ihnen auch gelungen, weite Kreise, die sonst das Festhalten der Unternehmer gegen den Achtfundentag nicht vorbehaltlos aufnahmen, davon zu überzeugen, daß man erst das Ergebnis der Wirtschaftsenquete abwarten müsse, um über die künftige Dauer des Arbeitstages in Deutschland überhaupt entscheiden zu können. Die Wirtschaftsenquete soll die veränderte Erzeugungsgrundlage in einem wesentlichen Teil der deutschen Wirtschaft feststellen. In ihrem Rahmen arbeitet auch ein Ausschuß, der insbesondere das Verhältnis von Arbeitszeit und Arbeitsleistung untersucht. Aber gerade diese Untersuchung scheint sich sehr lange hinzuziehen zu wollen. Die Arbeit des Ausschusses stößt auf eine Annahme von Schwierigkeiten, und kein Mensch kann heute sagen, wann die Ausschüsse einmal zu einem Ergebnis kommen werden. Ein Abwarten dieser Ergebnisse heißt aber, die Regelung des Arbeitstages vielleicht auf Jahre hinausschieben. Das kann und wird sich die deutsche Arbeiterchaft nicht gefallen lassen. Eine solche Verschleppung liegt übrigens auch nicht im außenpolitischen Interesse Deutschlands. Wir erinnern nur an die Ratifizierung des Washingtoner Abkommens. Auch sollte man daran denken, daß eine Verschleppung der Arbeitsstagsregelung nicht geeignet ist, die gegenwärtigen Hindernisse zu beseitigen, die aus der steigenden Not der Arbeitslosen heraus-tätlich neue Nahrung erhalten.

Auch sonst ist nicht einzusehen, wieso das Ergebnis der Wirtschaftsenquete das Verhältnis der Befürworter und der Gegner des Achtfundentages wesentlich verändern könnte. Die deutschen Enqueten haben bis jetzt immer das eine gemeinsam gehabt, daß ihre Ergebnisse auf die Wirtschaftsführung so ziemlich ohne Wirkung blieben. Allerdings vollzieht sich die Untersuchung in der gegenwärtigen Wirtschaftsenquete nach wesentlich vorzüglicheren Grundrissen. Das bedeutet jedoch nicht, daß einmal aus dem Unternehmerpaus ein Unternehmerpaus werden muß. Auch wenn die Ergebnisse für den Achtfundentag günstig sind, muß man im Unternehmerlager mit den gleichen Widerständen wie heute rechnen. Daraus folgt, daß man die Einführung des Achtfundentages weder von sozialpolitischen Gründen, d. h. vom Wunsch der Arbeiter, aber auch nicht von rein privattkapitalistischen Erwünschen, d. h. vom Widerstand der Unternehmer, abhängig machen darf. Man muß unbedingt in dem Achtfundentag den ökonomischen Zwang erkennen. Bei den modernen Arbeitsmethoden, die auf der schnelleren Verwendung der menschlichen Arbeitskraft beruhen, ist es überhaupt zweifelhaft, ob die in Reihen bzw. an Bändern beschäftigten Personen nach achtfundentägiger Arbeit noch genügend leistungsfähig sind. Vor allem hat die umgestellte Wirtschaft selbst den Beweis erbracht, daß sie auf Grund der verbesserten Maschinen und der verbesserten Arbeitsmethoden mühelos in bedeutend verkürzter Arbeitszeit mehr produziert als früher bei einer wesentlich längeren Arbeitsdauer.

Das deutsche Unternehmertum hat bisher nur bewiesen, daß es dieses Zwanges unbedingt bedarf. Deshalb wird die deutsche Arbeiterchaft auch ein Kompromiß in der Arbeitszeitfrage ablehnen. Man denkt sich im Unternehmerlager dieses Kompromiß so, daß man den Achtfundentag im Gesetz grundsätzlich festlegt und in den Ausführungsbestimmungen zum Gesetz Wege für seine Umgehung findet. Damit wäre gegenüber dem heutigen Zustand so gut wie gar nichts gebessert. In diesem Zusammenhang verdient eine Auslassung über das Arbeitszeitkompromiß Beachtung, die wir in der Presse finden, die teilweise dem Unternehmertum nahesteht, aber auch enge Fühlung mit der Regierung hat. In diesen Auslassungen heißt es u. a.: „Wichtig ist es dann, daß die Überwachung der auf diese Weise erlassenen Bestimmungen (Ausführungsverordnung über den Achtfundentag) von den wirklich berufenen Persönlichkeiten erfolgt. Derartige Vorschriften dürfen in keiner Weise Anlaß bieten zu Schikanen, denen der Unternehmer immer dann ausgegesetzt ist, wenn die Aufsicht von Personen ausgeübt wird, die keinerlei Kenntnisse von den tatsächlichen Verhältnissen haben. Das ist besonders in mittleren und kleineren Industriebetrieben, der Fall, in denen

häufig sogar Arbeitslose als Aufsichtspersonen eingesetzt worden sind.“ Was man will, ist also ein faules Kompromiß in der Arbeitszeitfrage und eine Kontrolle, die „weiße Salbe“ ist. Damit wäre das Arbeitszeitgesetz in Deutschland ein Gesetz zur Umgehung des Achtfundentages.

Aus diesen Gründen haben der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund, der Deutsche Gewerkschaftsbund, der Gewerkschaftsrat deutscher Arbeiter, Angestellten- und Beamtenverbände und der Allgemeine freie Angestelltenbund in einer am 28. Oktober abgehaltenen Konferenz folgende gemeinsame Entschlieung angenommen:

Die herrschende Arbeitslosigkeit ist nicht zuletzt in der modernen wirtschaftlichen Entwicklung begründet. Es bedarf daher positiver Maßnahmen, um einen wesentlichen Rückgang der Arbeitslosigkeit, die zwangsläufig durch die fortschreitende technische und betriebsorganisatorische Bervollkommnung verursacht wird, herbeizuführen.

Die unterzeichneten Spitzenverbände erklären, daß es nicht genügt, die Öffentlichkeit auf den Gegensatz zwischen dem heute herrschenden Überstandwesen und der wolgigen Arbeitslosigkeit von Millionen hinzuweisen und vor dem System der Arbeitsverlängerung zu warnen, sondern daß es gesetzlichen Zwanges bedarf, um die Durchführung des Achtfundentages zu sichern. Die Verkürzung der derzeitigen Arbeitszeit liegt im Zuge der technischen und organisatorischen Entwicklung und ist die Vorbedingung für die Rückführung des Arbeitslosenheeres in die Betriebe.

Die unterzeichneten Spitzenverbände stimmen aber auch darin überein, daß es nicht angeht, sich mit einer späteren Neuregelung der Arbeitszeit durch das endgültige Arbeitsschutzgesetz zufriede zu geben, zumal mit dessen baldiger Verabschiedung nicht gerechnet werden kann. Es bedarf vielmehr sofortiger gesetzlicher Maßnahmen, um der gegenwärtigen Not zu steuern. Aus diesem Grunde fordern die unterzeichneten Spitzenorganisationen die sofortige Abänderung der geltenden Arbeitszeitbestimmungen im Wege eines Folgegesetzes zur Wiederherstellung des Achtfundentages.

Die gewerkschaftlichen Spitzenorganisationen werden ferner an die Fraktionen des Reichstages herantreten, um diese zu einem Initiativantrag zur Wiederherstellung des Achtfundentages zu veranlassen. Das geplante Folgegesetz soll mit dem Überstandwesen, wie es sich durch die vielen auf Grund der Arbeitszeitverordnungen möglichen Ausnahmen vom Achtfundentag entwickelt hat, gründlich aufräumen.

Besondere Beachtung verdient im Kampf um den Achtfundentag der diesbezügliche Gang der Dinge beim Internationalen Arbeitsamt in Genf. Erst vor kurzem führte die 33. Tagung des Verwaltungsrates im Internationalen Arbeitsamt zu einer eingehenden Aussprache über diese Frage. Ihr Ausgangspunkt waren Verlängerungen der Arbeitszeit in Italien und England. Beide Länder waren beteiligt an der Londoner Konferenz, beide hatten sich durch Sanbtschlag und Unterschrift verpflichtet, für das Washingtoner Abkommen zu wirken und beide haben dann in der Folge das Gegenteil getan. England verlängerte die Arbeitszeit der Bergleute. Und in Italien, das schon bedingt ratifiziert hat, wurde die Arbeitszeit auf neun Stunden festgesetzt; wozu allerdings zu sagen ist, daß dies noch nicht praktisch wurde, weil die Frage, ob die neunte Stunde zu beghalten ist oder nicht, noch nicht entschieden ist.

Es war die Arbeitergruppe, die die Sache in Genf anschnitt und in der Aussprache mit größter Entschiedenheit die unbedingte Anerkennung des Abkommens forderte. Antwort kam nur von der Seite der Regierungsvertreter. Der Vertreter Deutschlands verwies auf das Arbeitsschutzgesetz — er mußte sich allerdings sagen lassen, daß hier die Arbeiter mit dem Stand der Dinge durchaus nicht zufrieden sind —, der Vertreter Italiens verwies auf die Bedingtheit der Ratifikation, die zu nichts verpflichtete und, so führte er aus, die wirtschaftliche Lage eines Landes berechtige in jedem Fall zu außerordentlichen Maßnahmen, eine grundsätzliche Auffassung, die natürlich jede Ratifikation verlos macht, weshalb sie der italienische Unternehmer rauch unterstrich. Auch der englische Regierungsvorteher fand Gründe für die englischen Maßregeln, und so zeigte sich, daß nach wie vor alles in der Luft hängt. Nur der polnische Regierungsvertreter nahm einen anderen Standpunkt ein, und er verlangte in einer Entschlieung die Einsetzung einer Kommission, die prüfen solle, wie es in den einzelnen Ländern aussehe, welche Gründe der Rati-

fizierung entgegenstehen und was das Internationale Arbeitsamt tun könne, um zu günstigen Ergebnissen zu kommen.

Thomas, der erst am letzten Sitzungstag abschließend das Wort nahm, konnte den Karren auch nicht weiterbringen. Seine Stellung ist gewiß auch nicht leicht. Er ist mit dem Herzen bei der Sache und er ist auch von Amts wegen zu arbeiterfreundlicher Politik verpflichtet, aber er darf nicht nur auf einer Schulter tragen. Er braucht dazu nicht nur zwei Schultern. Und was dabei herauskommt ist: Diplomatie. So fand er Erklärungen für England und Italien, wodurch er das Washingtoner Abkommen nicht gerade wertvoller machte, und vor allem wandte er sich an die Unternehmer, die er mit beweglichen Worten beschwor, den Achtfundentag anzuerkennen und dies durch Erklärungen zu dokumentieren. Die Unternehmer antworteten durch eifriges Schweigen. Sie stimmten zwar der Entschlieung Sozial — des polnischen Regierungsvertreters — zu, aber alles in allem hat die Aussprache im Verwaltungsrat wieder gezeigt, daß die beste Grundlage für den gesetzlichen Achtfundentag nur starke Gewerkschaften und starke politische Arbeiterparteien sind.

Zur Erwerbslosenfürsorge

Die Zahl der hauptunterstützten Erwerbslosen ist seit dem Monat Februar dieses Jahres, in dem sie ihren Höhepunkt mit über 2 Millionen Hauptunterstützten erreichte, um annähernd 600 000 zurückgegangen. Diese Milderung der Krise kann nicht optimistisch stimmen, wenn man berücksichtigt, daß der kommende Winter eine erneute Freisetzung von Arbeitskräften, besonders aus der Landwirtschaft und dem Baugewerbe, zur Folge haben wird. Die Auswirkungen des Arbeitsbeschaffungsprogramms sind nur schwer zu übersehen, eines aber läßt sich mit Sicherheit feststellen, daß auch durch die im Rahmen dieses Programms getroffenen Maßnahmen eine entscheidende Besserung auf dem Arbeitsmarkt vorläufig nicht erzielt werden kann. Schließlich muß man annehmen, daß die Verminderung der Zahl der Hauptunterstützten zu einem Bruchteil auch zurückzuführen sein dürfte auf das Auscheiden derjenigen, die bereits die Höchstdauer der Unterstühtung erschöpft haben, der sogenannten Ausgefueerten. Aber die Zahl der Ausgefueerten soll eine Erhebung vom 15. Oktober d. J., deren Ergebnisse aber noch nicht vorliegen, genauere Auskunft geben. Es liegen aber eine Reihe älterer Schätzungen vor, nach denen man bereits jetzt mit Hunderttausenden von Ausgefueerten rechnen kann.

In Nr. 32 der „Gewerkschaftszeitung“ wurde bereits ausführlich auf das Problem dieser Ausgefueerten hingewiesen. Es wurde dort erklärt, daß es keine andre Lösung dieser Frage geben könnte als die Verlängerung des Unterstühtungsbezuges für die ganze Dauer der Erwerbslosigkeit. Trotzdem ist die Regierung den von den Gewerkschaften bekämpften Weg gegangen, die Fürsorge für die Ausgefueerten den kommunalen Fürsorgeverbänden zu überlassen. Allerdings sollen diesen 50 Proz. der für die Ausgefueerten gemachten Aufwendungen vom Reichs wegen ersetzt werden, falls sie den Erwerbslosen die in der Erwerbslosenfürsorge gestellten Sätze weiterzahlen. Ebenso sollen die Gemeinden verpflichtet sein, die Krankenversicherungsbeträge für die Ausgefueerten zu übernehmen, wofür ihnen gleichfalls 50 Proz. Ersatz geleistet wird. Diese an sich vollkommen unmögliche Regelung wird aber nun noch weiter dadurch eingeschränkt, daß sie sich nur beziehen soll auf die nach dem 1. Oktober d. J. Ausgefueerten. Alle bereits vorher Ausgefueerten und auch alle die, die aus sonstigen Gründen, z. B. mangels erfüllter Anwartschaftszeit, für die Erwerbslosenfürsorge nicht in Betracht kommen, bleiben ohne alle Sicherungen auf die gemeindliche Wohlfahrtspflege angewiesen. Für sie wird ein Zuschuß nicht geleistet, so daß die Befastung der Gemeinden tatsächlich eine ganz außerordentliche ist.

In diesen Tagen beschäftigt sich nun das Parlament mit den von den Arbeitervertretern im Reichstag gestellten Anträgen auf unbegrenzte Verlängerung der Unterstühtungsdauer. Es unterliegt gar keinem Zweifel, daß nur durch Annahme dieser Anträge die besondere Notlage der Ausgefueerten behoben werden kann und zugleich eine Gefährdung der allgemeinen Wohlfahrtspflege durch Überlastung mit ihr fremden Aufgaben zu vermeiden ist.

Die parlamentarische Auseinandersetzung erstreckt sich aber nicht nur auf die Verlängerung der Unterstülfungs-dauer, sondern gleichzeitlich auf die dringend notwendige Erhöhung der in der Erwerbslosenfürsorge gezahlten Sätze. Auch hier vertritt sich die Regierung vorläufig noch durch-aus ablehnend und will einer Erhöhung allenfalls für die Zukunft zustimmen.

Ferner sind von der sozialdemokratischen Fraktion die Vorschläge auf Befreiung der Bedürftigkeitsprüfung und der Pflichtarbeit erneut aufgenommen worden. Schließlich ist auch beantragt worden, im Zusammenhang mit der Fürsorge für die Erwerbslosen die besondere Notlage der älteren Arbeiter und Angestellten zu erörtern und die Möglichkeiten eines besonderen Schutzes für diese zu prüfen. Darüber hinaus wird sich der Reichstag in seiner kommenden Tagung auch mit dem Entwurf des Arbeitslosen-versicherungs-gesetzes befassen müssen, der den Reichswirt-schaftsrat bereits passiert hat und zurzeit dem Reichsrat vorliegt.

Hier wird es vor allem die Frage nach der finanziellen Befreiung durch Einführung einer Staffelung der Unter-stülfungs-sätze nach dem Lohnklassensystem sein, die in den Mittelpunkt der Erörterung rückt. Die Regierung behauptet nämlich, daß die von den Gewerkschaften vorgeschlagene Staffelung eine außerordentliche Mehrbelastung bedeuten würde. Die Erhebung von 2. Juli über den früheren Ar-beitsverdienst der Erwerbslosen habe ergeben, daß ein erheblicher Prozentsatz für die Versicherung in höheren Lohn-lassen in Frage kommen würde. Der letzte Vorschlag des Reichsarbeitsministeriums, der von den Gewerkschaften als vollkommen ungenügend angesehen wird, sah eine Staffe-lung der Lohnklassen in sechs Gruppen mit einem Einheits-wochenlohn von 12, 15, 21, 27, 33 und 36 M. vor. Nach der Erhebung der Regierung würden sich die Hauptunter-stülfungsempfänger in diesem Lohnklassensystem wie folgt grupplieren:

Lohnklasse	Einheitslohn M.	Zugehörige absolut	Proz.
I. bis 12 M.	12	71374	4,50
II. 12 bis 15 M.	15	141355	8,88
III. 15 bis 21 M.	21	224538	14,00
IV. 21 bis 27 M.	27	208455	13,01
V. 27 bis 33 M.	33	275413	17,28
VI. 33 und mehr M.	36	1015137	38,64
		1504300	100,00

Die Gewerkschaften haben keinen Zweifel darüber ge-lassen, daß sie eine viel höhergehende Staffelung, mindestens bis zu 60 M. Wochenlohn verlangen, und daß sie sich auch mit dem vorgeschlagenen Satz von 40 Proz. des Einheits-lohnes für die Hauptunterstützung nicht einverstanden er-klären können.

Nachdem der Bundesausschuß des ADGB durch eine Ent-scheidung ein Gesetz über die Verkürzung der Arbeits-zeit gefordert hat, ist der Zusammenhang zwischen Arbeits-zeit und Arbeitslosigkeit besonders in den Vordergrund der Erörterungen gerückt. Es unterliegt keinem Zweifel, daß durch Verkürzung der Arbeitszeit die herrschende Er-werbslosigkeit erheblich zu verringern wäre. Sind es doch nicht zuletzt auch die Auswirkungen der Rationalisierung, der technischen Vervollkommnung der Betriebe, durch die heute Arbeitskräfte freigesetzt werden. Die wirtschaftliche Entwicklung drängt geradezu zu einer Verkürzung der Ar-beitszeit, weil in vielen rationalisierten Betrieben heute bereits derselbe Arbeitseffekt in kürzerer Zeit und mit weniger Arbeitskräften zu erzielen ist als früher. Die fort-schreitende Technisierung und die Arbeitslosigkeit stehen daher in unverkennbarer Wechselwirkung, der durch eine gezielte Verkürzung der Arbeitszeit Rechnung getragen werden muß. In diesem Rahmen wird das Problem der Erwerbslosigkeit in den nächsten Monaten die Arbeit der Gewerkschaften und der politischen Parteien beherrschen.

Nach dem jüngsten Stand der Dinge auf dem Gebiet der Erwerbslosenfürsorge ist zu beachten, daß die Sozialdemo-kraten eine allgemeine Erhöhung der Unterstülfung um 50 Proz., das Zentrum eine solche von 20 bis 25 Proz. nur für alleinstehende Personen bei der Reichsregierung befristet haben. Aus den Darlegungen der Reichsregierung bei den Verhandlungen mit den Arbeitervertretern ging hervor, daß erstere nur die Sätze der Alleinstehenden und der Familien-erträher um 10 Proz. erhöhen will, die Familienzuschläge dagegen nicht. Die Ausgeteuerten sollen die Unterstülfung nicht mehr wie bisher durch die Wohlfahrtsämter, sondern durch die Arbeitsnachweismittel erhalten. Bedürftigen Ge-meinden sollen bis zu 75 Proz., den übrigen 60 Proz. der Ausgaben vom Reich ersetzt werden. Die Bedürftigkeits-prüfung soll zunächst eine Einschätzung erfahren. Die Ver-treter der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion ließen die Reichsregierung nicht im Zweifel darüber, daß sie die vor-geschlagene Lösung für ungenügend halten. Sie betonten, daß die Erhöhung der Unterstülfung zu gering sei; die Richterhöhung der Familienzuschläge müsse für die Fam-ilien der Erwerbslosen große Härten zur Folge haben. Ebenso sei das Entgegenkommen der Reichsregierung in der Frage der Bedürftigkeitsprüfung nicht groß genug. Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion wird noch vor der Beratung im Plenum ihre Stellungnahme gegenüber den Vorschlägen der Reichsregierung in der Erwerbs-lofenfrage präzisieren. Die von der Regierung in Aussicht gestellte Vorlage über das Erwerbslosenproblem ist dem zuständigen Reichstagsausschuß dieser Tage übergeben worden. — Nach einer neueren Feststellung des Reichs-

arbeitsministeriums haben die Ausgaben für die Erwerbs-lofenfürsorge im Monat September insgesamt 92,5 Mil-lionen Mark erfordert. Dafür sind aus den Beiträgen für die Arbeitslosenversicherung von den Arbeitern und den Unternehmern je 22 Millionen, von den Gemeinden 10 Mil-lionen, vom Reich und den Ländern 10 1/2 Millionen ge-deckt worden. Gegenüber den Kosten der Erwerbslosenfür-sorge für August d. J. ist die Gesamtbelastung im Sep-tember um 5 1/2 Millionen Mark niedriger gewesen.

Zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit

Ich glaube in Nr. 78 des „Korr.“ unter obigem Titel einen gangbaren Weg zur Verminderung der herrschenden Erwerbslosigkeit und ihrer Folgeerscheinungen gezeigt zu haben, und zwar das gesetzliche Verbot für alle über 65 Jahre alten Personen, sich zu Erwerbszwecken zu betätigen (a u s r e i h e n d e Renten für die Veteranen natürlich voraus-gesetzt). Damit sind indes keineswegs alle Möglichkeiten, Arbeit zu schaffen, erschöpft. Es sollte vielmehr ein Finger-zeig sein, auf welchem Wege ein Teil der jüngeren und ar-beitsfähigen, aber arbeitslosen Personen dem Produktionsprozeß dienbar gemacht werden könnte. Daneben gibt es noch andere Möglichkeiten, die, wenn sie in die Praxis umgesetzt würden, gewiß eine bedeutende Minderung der Erwerbslosenzahl zur Folge hätten.

Da sind einmal, um mit dem am meisten verbreiteten Abel zu beginnen, die sogenannten Doppelverdiener. Sie arbeiten ihre acht Stunden in ihrem Beruf, um abends noch einer Nebenbeschäftigung nachzugehen, weil sie nie genug verdienen können. Sie untergraben damit ihre Ge-sundheit, und der Gewinn, den sie aus der Nebenarbeit ziehen, steht meistens in keinem Verhältnis zur aufgewen-deten Energie. Bei vielen ist es auch die Not, die sie dazu treibt. Dagegen ließe sich nicht so viel einwenden, da es leider Arbeiter und Angestellte gibt, deren Einkommen im Hauptberuf nicht die Ausgaben für den notwendigen Lebensunterhalt deckt. Wo aber keine zwingende Ursache besteht, müßten solche Auswüchse rücksichtslos bekämpft werden.

Aber auch innerhalb der Familie zeitigt mangelndes soziales Empfinden Mißstände, die die Volksgemeinschaft schädigen, ohne den Beteiligten wesentliche Vorteile zu bieten. Wie viel Familien gibt es, in denen das Oberhaupt ein mehr als ausreichendes Einkommen bezieht, während die Hausfrau und die erwachsenen Kinder einem Erwerb nachgehen, dessen Ertrag zu Aufwendungen zweifelsaher Art, für Puh und Tand, Zertrübung und Befriedigung nichts weniger als kultureller Bedürfnisse verwendet wird. Sie hätten es nicht nötig, andern die Beschäftigung wegzunehmen und durch Lohnverlust die wirtschaftliche Not der auf ihrer Hände Arbeit Angehörigen noch zu steigern. Damit soll gewiß nicht der Anlaßigkeit das Wort geredet werden, jedermann soll und muß arbeiten, aber in einer Zeit, da Millionen nach Arbeit rufen, um ihr nacktes Leben zu fristen, ist eine solche Betätigung unverantwortlich und unmoralisch. In dankenswerter Weise hat denn auch das Reichsarbeitsministerium einen Appell an diese Kreise ge-richtet, es bleibt aber abzuwarten, ob er den gewünschten Erfolg zeitigen wird, gesetzgeberische Maßnahmen wären jedenfalls geeigneter.

Der Staat ist jedoch auch nicht ganz schuldlos an diesen Zuständen. Es wurde bereits von verschiednen Seiten beklagt, daß die von der Republik freiwillig gewährten Pensionen zur Unterstülfung staatsfeindlicher Bestrebungen mißbraucht werden. Dies trifft aber nicht nur auf poli-tischem Gebiete zu, sondern die Kreise, die ich hier im Auge habe, sind vermögder ihnen in ausreißender Weise gewähr-ten Pensionen auch wirtschaftlich unabhängig. Und trotzdem gibt es viele unter ihnen, die sich nicht nur jedem sozialen Fort-schritt entgegenstemmen, sondern vielmehr durch rücksichts-lose Vertretung ihrer egoistischen Interessen den auf Er-werb angewiesenen Teile der Bevölkerung jede sich bietende Beschäftigungsmöglichkeit zu schmälern beflissen sind.

Dazu kommt das große Heer der Abgedauten oder auf Wartegeld gesetzten Staatsbediensteten. Erst in den letzten Tagen hat der Vfr-Bund Veranlassung genommen, gegen die mißbräuchliche Beschäftigung solcher Personen Einspruch zu erheben. Diese beziehen ihr monatliches Wartegeld mit 75 Proz. ihres Gehaltes und sind infolgedessen in der Lage, sich als billige Arbeitskraft anzubieten. Ein solches Vor-gehen ist schon aus dem Grunde höchst anstößig, da ja die Wartegelder ebenso wie die Pensionen aus dem Steuer-fußel fließen, zu dem gerade die erwerbstätigen Schichten den größten Beitrag zu leisten haben. Die Abwamnah-men waren allenthalben auch zu rigoros, so daß bei den verschiedensten Ämtern neue Beamte eingestellt werden mußten, was auch einer neuen Belastung des Budgets gleich-kommt, da u e b e n den Wartegeldern für die alten die Gehälter für die neuen Beamten gezahlt werden müssen.

Zusammenfassend wäre zu sagen: Durch gesetzgeberische Maßnahmen wären zur Entlastung des Arbeitsmarktes und Schaffung von Erwerbsmöglichkeiten folgende Vor-schläge zu verwirklichen, von denen meines Erachtens ein wesentlicher Erfolg zu erwarten ist: 1. Verbot jeder Er-werbstätigkeit für Personen über 65 Jahre bei Gewährung ausreißender Renten. 2. Einschränkung bzw. nur bedingte Zulassung von Doppelverdienern. 3. Personen, die irgend-welche öffentlichen Zuwendungen (Pensionen, Wartegelder und dergleichen) in einem Ausmaße beziehen, die ihren Standesgemäßen (dieser Begriff ist näher zu bestimmen) Unterhalt gewährleisten, dürfen keine entgeltliche Tätig-

keit in Verufen ausüben, die Erwerbslose zu verzeichnen haben. 4. Vermehrte Finanzierung des Wohnungsbaues aus öffentlichen Mitteln.

Werden diese Vorschläge verwirklicht, dann würde die Zahl der zwangsweise Aktiven halb bedeutend zurück-gehen und der Staat hätte einen nicht unwesentlichen Vor-teil, da die Durchführung dieses Programms sicher nicht auf unabsehbare Schwierigkeiten stoßen wird, die Ab-erwindung der wirtschaftlichen Krise aber ein Ziel ist, das aus finanziellen, sozialen, moralischen und politischen Grün-den erstrebenswert ist.

Berlin.

Hans Ziegler.

Bessert sich unsere Wirtschaftslage?

Das ist die große ernste Zeitfrage, die heute von dem einzelnen wie von der Gesamtheit Antwort erfordert und die nicht verstimmen wird, bevor nicht die davon betrof-fenen acht Millionen Menschen aufgeführt haben, diese Frage zu stellen, d. h. bevor nicht unsere Wirtschaft auf eine Grund-lage gestellt ist, die bezatztige Erschütterungen lediglich auf Kosten der breiten Massen zu einer Unmöglichkeit macht. Die Frage ist nicht nur zu einer brennenden Lebensfrage für die Arbeiterklasse geworden, sie hat auch in der all-gemeinen Öffentlichkeit ein lebhaftes Echo gefunden. Über-all da, wo es dem Gesamtworte gegenüber verantwortungs-bewußte Menschen gibt, wurde das Wirtschaftsproblem auf-gerollt und in den Vordergrund gestellt. An guten Hin-weisen und praktischen Vorschlägen besonders von Seiten der Gewerkschaften hat es nicht gefehlt.

Aber — wir leben noch immer unter den Machtverhält-nissen einer privatkapitalistischen Wirtschaftsordnung, und da dürfen wir uns nicht wundern, daß von den interessierten Wirtschaftskreisen sorgfältig darüber gemacht wurde, daß von den dazu berufenen Regierungsstellen ja nur Vor-schläge in Erwägung gezogen wurden, die wohl den An-sichten ersten Willens erwidern, die aber keinen der kapi-talistischen Grundpfeiler auch nur streifen, geschweige denn etwa gar erschüttern dürfen. Wie anders wäre sonst der Widerstand der Unternehmer gegen die beschriebenen Er-weiterungen der sozialen Fürsorge zu verstehen, von der Sinn-widrigkeit ihres Kampfes um die Herabsetzung der Löhne und der Verkürzung der Arbeitszeit in einer Periode der Massenarbeitslosigkeit und des Massenelends ganz zu schweigen. Daß aber eine Gesundung der Wirtschaft nur durch einen Gesundungsprozeß an ihr selbst möglich ist, das beweisen uns gegenwärtig am besten und aufs deutlichste die „Erfolge“ der Rationalisierung. Und was hat die Re-gierung im Interesse der Hebung der Wirtschaftslage und der Arbeitslosigkeit erreicht? Die Wirtschaft hat ihre Finanzkrise überwunden, sie steht heute finanziell gefärkt da und wartet auf die Gesundung des Wirtschaftsmarktes — die Hebung der Arbeitslosigkeit ist um keinen Schritt vorwärts gekommen, die vier Millionen Arbeitslose und Kurzarbeiter warten weiter auf Arbeit und der Reichs-arbeitsminister verweist sie auf die Wohlfahrtspflege. Erfolge, die den Bemühungen unrer Reichsregierung alle Ehre machen.

Wie verhält es sich demgegenüber mit den wöchentli-chen Meldungen der Landesarbeitsämter über die Arbeits-marktlage? Diese Meldungen sind lediglich Schönfärb-ereien, die den Zweck haben, die breiten Massen in Hoff-nungen zu wiegen, damit sie die andre Seite nicht beim Aufbau fört. In der Ausschußsitzung des ADGB am 4. Oktober wurde einbeutigt vom Vertreter der Sozial-politischen Abteilung ausgesprochen, „daß in den letzten Monaten keine zu irgendwelchen Hoffnungen berechtigende Besserung der Arbeitslosigkeit eingetreten sei.“ Das entspricht den wirklichen Verhältnissen und dürfte auch für die kommenden Monate Geltung haben, soweit die wirt-schaftliche Lage im voraus zu beurteilen ist.

Im letzten Vierteljahrheit zur Konjunkturforschung wird die verschiednenartige Beurteilung der deutschen Wirt-schaftslage auf ein nicht genügendes Auseinanderhalten der organischen und funktionalen Wirtschaftsercheinungen zurückgeführt und unter Hinweis auf die europäische Wirt-schaftskrise in den Jahren 1874—1895 dargelegt, daß sich Europa auch heute in einem organischen, d. h. in einem allgemeinwirtschaftlichen Umstellungsprozeß befindet. Diese strukturelle Depression dürfte sich bei der heutigen höhent-widerten Technik möglicherweise schneller vollziehen als in der damaligen Zeit. Deutschland befindet sich gegenwärtig im zweiten Abschnitt seiner Depression, woraus aber noch keine Schlussfolgerungen für einen wirtschaftlichen Auf-schwung gezogen werden können, wennschon auch allgemeine Anzeichen der Besserung zu beobachten sind, worauf schon der Umstand hinweist, daß unsere Handelsbilanz wieder passiv ist. Das Anziehen der Grundstoffproduktion wird auf die infolge des englischen Bergarbeiterstreiks be-dingte Zunahme von Weltmarktkäufen zurückgeführt. Trotzdem aber, wird auch hier gesagt, ist die Arbeits-lostigkeit kaum zurückgegangen, da, wo eine letzte Besse-rung eingetreten ist, geht sie über eine saisonmäßige Bedeutung nicht hinaus. Dagegen ist durch eine statistisch erwiesene Angleichung der Verbrauchsgüterpreise an die Produktionsmittelpreise ein Gleichgewichtszustand her-gestellt, der auch in dem Stand der Wechselprokte, der Geschäftsaufsichten und der Konturfe eine analoge Stille findet und darauf hindeutet, daß auch eine Besserung auf dem Arbeitsmarkt möglich ist. Darauf deuten ebenfalls auch der Geldmarkt und die Lage der Industrien hin.

Die Weltwirtschaft ist gegenwärtig noch in zwei große Gruppen gespalten. Während der Geschäftsgang in Europa im allgemeinen niederdriegt, erfreuen sich die überseeischen Gebiete, an der Spitze die Vereinigten Staaten, großer Produktions- und Umsatzziffern. Daß es aber, wie sich auf diesem Gebiete zeigt, nur an dem Willen zur wirtschaftspolitischen und technischen Umstellung liegt, beweist die zunehmende, dem Unternehmertum eben mehr am Herzen liegende Vereinheitlichung der Werte, der Preise, Kurse und Zinssätze. Die gegenwärtig in einzelnen Ländern zu beobachtende Währungserschütterung ändert daran nichts. Die Großhandelspreise haben seit Mitte vorigen Jahres eine durchgängige Senkung erfahren, mit denen die Kleinhandelspreise keineswegs Schritt gehalten haben. Der europäische Außenhandel ist gegen die Vorkriegszeit zurückgefallen, er hat (in Wertangaben gerechnet) im Jahre 1925 erst ungefähr 81 Proz. der Vorkriegsausfuhr erreicht, während Amerika allein seine Ausfuhr von 35 Proz. um 24 Proz. zu steigern vermochte. Aber auch hier ist schon ein Umschwung zu verzeichnen, der sich in einer starken Konkurrenz auf bisher nur von Amerika beherrschten Märkten sichtbar macht.

Daß die Arbeitslosigkeit in Europa nur zum geringen Teil durch die Wirtschaftsdepression und zum viel größeren Teil durch die Strukturveränderung der Weltwirtschaft hervorgerufen ist, muß die deutsche Arbeiterchaft zu doppelter Wachsamkeit anspornen. Hier vollziehen sich Veränderungen, bei denen wir dabei sein müssen, wenn wir nicht schweren Schaden leiden wollen. Es handelt sich hier nicht nur um weltwirtschaftliche Strukturveränderungen allein, die internationalen Kartellierungen zeigen uns auch, daß wir vor einer Rationalisierung im internationalen Ausmaße stehen, vor deren schweren Nachwirkungen uns keine Regierung schützen könnte, noch zu schützen vermöchte, wie uns ja bereits das Beispiel im eigenen Lande gelehrt hat. Wir müssen der Politik der Privatwirtschaft die Politik der Volkswirtschaft entgegenstellen. Der DGB hat damit bereits den Anfang gemacht, indem er der Regierung die Forderung nach einem Notgesetz unterbreitet hat. Achtstündige Arbeitszeit — Schluss mit den Überstunden! Das ist unsere Forderung gegenüber der rückständigen Wirtschaftspolitik des Unternehmertums und gegenüber der Regierung, die mit allen Mitteln der Sabotage die Gesetzgebung des Achtstundentages hintertreibt. Hat. Nimmt auch die Arbeiterchaft diese Forderung als Kampfpriorität auf, dann — aber auch nur dann — bessert sich unsere Wirtschaftslage.

Korrespondenzen

Berlin. (Verein Berliner Buchdrucker zur gegenseitigen Unterstützung bei Frauensterbefällen.) Am 7. Oktober fand eine außerordentliche Generalversammlung statt, die eine grundsätzliche Wendung in der Mitgliederzusammensetzung der Kasse beschloss. Seit dem Gründungsjahr 1893 konnten dieser Kasse nur gelehrte Buchdrucker beitreten. Um die Jahrhundertwende wurde der Mitgliederkreis auf Sterbepreure erweitert, und im Jahre 1923 traten die Schriftgießer hinzu. Die letzte Generalversammlung hat beschloßen, daß auch Hilfsarbeiter, die fünf Jahre ihrer Berufsorganisation angehören, Mitglieder der Frauensterbefälle werden können. Durch diesen Beschluß sind nunmehr alle technischen Berufsgruppen des Buchdruckgewerbes zum Eintritt in die Frauensterbefälle berechtigt. Ein langgehegter Wunsch der Hilfsarbeiter und auch eines großen Teiles der Buchdrucker ist damit in Erfüllung gegangen. Aufgabe der Hilfsarbeiterorganisation und der in den Druckereien tätigen Mitglieder der Frauensterbefälle wird es nun sein, auch die neue Berufsgruppe für den Beitritt zu interessieren. Als Übergangsbestimmung für den Eintritt sollte die Generalversammlung folgenden Beschluß: „Buchdruckerhelfer, die am 1. November 1926 fünf Jahre ihrer Berufsorganisation angehören, können bis zum 31. Dezember 1926 ihren Beitritt zum Verein Berliner Buchdrucker zur gegenseitigen Unterstützung bei Frauensterbefällen erklären. Wer seinen Antrag rechtzeitig stellt, ist von der Zahlung eines Eintrittsgeldes und der Beitragsung eines Gesundheitsattestates für seine Ehefrau sowie von der Nachzahlungsbefreiheit befreit.“ Nach diesem Beschluß sind also alle Hilfsarbeiter, die am 1. November 1926 ihrer Organisation fünf Jahre angehört haben, berechtigt, der Kasse gebührenfrei beizutreten, sofern ihre Ehefrau das 55. Lebensjahr noch nicht überschritten hat. Wer nach dem 1. Januar 1927 der Kasse beitreten will, hat die im § 2 der Satzung vorgeschriebenen Bestimmungen zu erfüllen, und zwar ein Eintrittsgeld von 3 M., zu zahlen, ein Gesundheitsattestats seiner Ehefrau beizubringen und für jedes Jahr der Verheiratung eine Gebühr von 1 M. zu zahlen. Die Frauensterbefälle erhebt keine laufenden Beiträge. Die Ausgaben werden durch eine Umlage erhoben, die je nach Bedarf eingezogen wird. Die Umlagegebühr beträgt zur Zeit 50 Pf. Als Sterbegeld werden 300 M. gezahlt. Beim Todesfall des Ehepartners ist die Witwe berechtigt, die Mitgliedschaft fortzusetzen. Berufswidmende und Witwen über 60 Jahre zahlen die Hälfte der Umlagegebühr, erhalten jedoch das volle Sterbegeld. Im Jahre 1925 wurden für 42 Sterbefälle 12 600 M. Sterbegeld gezahlt. Die Umlagegebühr für das einzelne Mitglied betrug im Jahre 450 M. Bei 42 Sterbefällen wurde also neunmal die Umlage erhoben. Anmeldeformulare und Satzungen für die Frauensterbefälle sind im Gau-Bureau, Eingeliefer 24, und in der Verwaltung der Ortskrankenkasse für das Buchdruckgewerbe, Hegandinnenstraße 44, zu haben.

Gesundheits. Am 26. September tagte in Berlin im „Gewerkschaftshaus“ unsere diesjährige Herbstbesitzung. Am Vormittag wurde das Verbandshaus besichtigt. Die Ver-

sammlung, zu der vom Vorstand des Obergaues der Kollege Dufhauen und vom Berliner Gauvorstand Kollege Pfeißer erschienen waren, wurde in Vertretung des erkrankten Vorstandes Kollege G a n d t geleitet. Der Vorstandsvorsitz hatte als Referenten einen seiner Beisitzer, den Kollegen K. W. S c h m i d t, entfallen, der einen infolge der vorgeschrittenen Zeit leider stark gekürzten, aber beifällig aufgenommenen Vortrag hielt. Dann wurden einige Statutenänderungen vorgenommen: der § 8a betreffs Bezirkssterbegeldzuschläge wurde aufgehoben, und welschen in Zukunft der Obergau diese Gelegenheit in die Hand nimmt. Ferner wurde beschloßen, daß der jeweilige Bezirkssterbegeldleiter Mitglied des Bezirksvorstandes ist. Die Situationsberichte aus den Druckereien waren wenig erfreulich. Fast alle Orte klagten über Geschäftstillstände. Am so sehr war man erstaunt, von einem Orte zu hören, daß dort in einer großen Druckerei seit Jahr und Tag 53 Stunden die Woche gearbeitet wird. Bezirks- und Gauvorstand wurden beauftragt, sofort Abhilfe zu schaffen. Die große Arbeitslosigkeit innerhalb des Bezirks veranlaßte dies gebieterisch. Die Wahl des Ortes der nächsten Bezirksversammlung wurde dem Vorstand überlassen.

Vor jedem Konditionswechsel sind rechtzeitig Erkundigungen beim zuständigen Gauvorsteher einzuziehen!

Wer diese statutarische Pflicht unbeachtet läßt, beschädigt die Interessen der Organisation und sich selber, denn er hat die Folgen zu tragen!

Füssen (Allgäu.) Vor kurzem hatten wir die Freude, nach längerer Zeit unsern Gauvorsteher wieder in unferer Mitte begrüßen zu können. Eine Abendversammlung im „Rammkeller“ vereinte unsere Kollegen, und hier entledigte sich Kollege H e m m e r i c h eines ganz ausgezeichneten Referates über den Werdegang des Verbandes seit seinem Bestehen, seine Entwicklung und seine Kämpfe bis auf unsere Zeit! Den Ausführungen folgte reichlich Beifall. Wir wünschen nur, daß Kollege Hemmerich oder sonst ein Verbandsvertreter bald wieder einmal unserm Höhenretort einen Besuch abstatten möge.

Grünstadt (Hals.) Am 8. Oktober konnten wir nach längerer Zeit wieder einmal eine Versammlung abhalten. Die Anwesenheit unsres Bezirksvorstehenden Casper und des Bezirksstärkerer Geiger (Ludwigschafen) gab den hiesigen Kollegen Anlaß, vollständig zu erscheinen, sollte doch unser Ortsverein wieder ins Leben gerufen werden, der durch die neue Bezirkseinteilung aufgelöst war. Ein Referat des Kollegen C a s p e r über „Entstehung der Buchdruckerkunst“ und „Gründung und Fortentwicklung unsres Verbandes“ wurde mit großer Aufmerksamkeit entgegengekommen. Kollege H i m m e l s t a t t e dem Referenten für seine lehrreichen und interessanten Ausführungen den Dank der Versammlung ab. Hierauf schritt man zur Neugründung des Ortsvereins. Die Vorstandswahl ging glatt vonstatten. Aus der Wahl gingen u. a. hervor: J o h a n n e s H e r n u n g als Vorsitzender und K a r l S i m m e r als Kassierer. Unter „Verschiedenem“ gab uns der Bezirksvorsteher noch näheren Aufschluß über die Vorbereitungen, die der Gau Mittel- und Oberhain verbunden war. Neben den zahlreich erschienenen Spartenkollegen waren anwesend Gauvorsteher Couradi (Mannheim), Bezirksvorsteher Meier (Karlsruhe) und Kollege K i s c h e r (Stuttgart), während Gauvorsteher Sandfort (Freiburg) ein Glückwunschschreiben sandte, da er durch dringende Geschäfte im Gau am Erscheinen verhindert war. Die Feier wurde eingeleitet mit einem Festchor der Karlsruhe, „Typographia“, die sich dieser Aufgabe meisterhaft entledigte, worauf Kollege F r a n z (Mannheim) die Versammlung begrüßte, insbesondere die stattliche Zahl der Jubilare, ihnen Dank und Anerkennung für treues Aussehen auszusprechen. Die Glückwünsche des Gau Mittelhain übermittelte in letzten Worten Kollege C o n r a d i, des Bezirks Karlsruhe Kollege M e i e r, der Württemberg Kollege F i s c h e r (Stuttgart). Die außerordentlich zahlreich aus allen Gauen und von der Zentralkommission eingegangenen Glückwunschschreiben und Telegramme zeugten von Würdigung der erfreulichen Tatsache, daß die Gauparte auf ein 25jähriges erfolgreiches Wirken, das Kollege S c h u l z (Karlsruhe) in kräftigen Strichen zeichnete, zurückblicken kann. Mit einem warmen Appell an die Anwesenden, unablässig darauf hinzuwirken, den letzten Sterbepreure der Sparte zuzuführen, fand die Feier ihren Abschluß, und man trat in die Beratung der wichtigsten Tagesordnung ein, wobei Kollege F r a n k, der die Geschäfte seit fast anderthalb Jahren allein erledigen mußte, den Geschäfts- und Kassensbericht erstattete, der beifällige Aufnahme fand. Es wurde ihm dafür Entlastung erteilt. Rege Diskussion lösten die anderen Punkte der Tagesordnung aus, die alle im Interesse einer guten Weiterentwicklung der Sparte und der Gesamtorganisation ihre Erledigung fanden. Der Tagungsort der nächsten Versammlung der Gauvereinerung ist Wiesbaden, für die jetzt schon der Wunsch ausgesprochen sei, daß bis dahin die noch abseits stehenden Kollegen, besonders die Darmstädter, ebenfalls in der Sparte vereinigt sein mögen. Der wöchentliche Beitrag wurde durch Beschluß der Versammlung mit Wirkung vom 26. September ab auf 15 Pf. erhöht. Bei den Vorstandswahlen wurden u. a. die

Kollegen H e i n r i c h G i l l m a n n (Mannheim) als Vorsitzender und T h e o d o r F r a n z (Mannheim) als Kassierer gewählt. Die Beisitzer sind durch den Vorort Mannheim zu wählen. Kollege G i l l m a n n nahm Gelegenheit, der Versammlung für das entgegengebrachte Vertrauen zu danken mit der Versicherung, es nach Kräften rechtfertigen zu wollen. Kollege C o n r a d i (Mannheim) behandelte dann in einem kurzen, nicht auf der Tagesordnung stehenden Vortrag die Vorgänge in der gesamten Wirtschaft, dabei auf die im Buchdruckgewerbe übergehend, die Kollegen zur Einigkeit und Wachsamkeit ermahnen, und verwies dabei insbesondere auf die tariflichen Bestimmungen der Sterbepreure, deren genaue Einhaltung verlangt. Die mit lebhaftem Beifall aufgenommenen Ausführungen wurden wirkungsvoll ergänzt durch Kollegen M a i e r (Karlsruhe), was zu einer anregenden Diskussion führte, die sicher manche Nutzenwendung finden wird. Nach einem Schlußwort des Vorsitzenden war die sehr anregend verlaufene Versammlung zu Ende, und man benutzte die bis zur Abfahrt der auswärtigen Teilnehmer noch vorhandene Zeit zur Besichtigung des Tiergartens und zu einer Rundfahrt per Auto durch Karlsruhe, zu der die Karlsruhe Vereinigung in liebenswürdiger Weise die Kosten übernommen hatte, wofür dieser auch an dieser Stelle bestens dankt sei. Wieder Dank gebührt der Firma Braun (Karlsruhe) für die kostenlose Herstellung des gediegenen Programms, der Karlsruhe, „Typographia“ für ihre künstlerische Darbietung und den Karlsruhe Kollegen für ihre bewiesene Gastfreundschaft. Man trennte sich in dem Bewußtsein, gute Arbeit für Sparte und Organisation geleistet zu haben, mit dem Wunsche: Auf Wiedersehen in Wiesbaden!

-H. Köln a. Rh. Drucker. - B i e r t e s j a h r s b e r i c h t.) Unsere Versammlung am 24. Juli hätte in Anbetracht der interessanten Tagesordnung besser besucht sein können. Nach Erledigung des „Geschäftlichen“ und einiger Neuaufnahmen hielt uns Kollege K i e h n e einen Vortrag über „Die Entwicklung des Zeitungsdruckes von der Schnellpresse bis zur Rotationsmaschine“. Der Redner behandelte in seinen Ausführungen den gesamten Vorgang von der ersten druckfähigen Schnellpresse (König) bis auf den heutigen Tag und der vollendeten Rotationsmaschine. Eine ganze Anzahl sehr guter Bilder ergänzte den Vortrag nach allen Seiten, für den die Versammlung volles Verständnis zeigte. — Des Weiteren wurde über einen Familienausflug beraten. Dieser fand am 16. August nach dem Ausflugsorte Heiden statt und nahm einen recht guten Verlauf. — Die Versammlung am 14. August trug nur lokalen Charakter. — Eine gutbesuchte Versammlung brachte uns der 25. September. Der erste Punkt: „Geschäftliches und Aufnahmen“, war schnell erledigt. Daran schloß sich ein Vortrag des Vorsitzenden C a s p a r i über „Die Buchdruckweise, ihre Schädlinge, Behandlung und Pflege“. Auch dieser Redner vertrat ein, seine Zuhörer zu fesseln in die einflussreichen Vorträge. (Für die Folge soll möglichst in jeder Versammlung ein solcher stattfinden.) Der nächstfolgende Punkt: „Technisches“, rief eine ganze Anzahl Kollegen auf den Plan. Hier handelte es sich in erster Linie um Zurichtungszeit einer achtsseitigen, reich illustrierten Arbeit. Im zweiten Falle um einen vierseitigen Veränderung London. Die Frage wurde zu aller Zufriedenheit gelöst. Alter und Bauart der Maschinen, Beschaffenheit des Papiers und der Farbe spielen natürlich eine große Rolle.

Köln a. Rh. (Gauvereinerung der Sterbepreure, Galvanoplastiker und Schriftgießer.) Unsere Versammlung am 26. September in Krefeld war im allgemeinen gut besucht. Nach einem Rundgang durch die Stadt eröffnete Vorsitzender Z i e h e r um 1 1/2 Uhr die Tagung und ließ alle herzlich willkommen. Zwei wohlgeleitete Chöre, vortragen durch den Gesangsverein „Typographia“, fanden den Beifall der Versammlung. Nachdem noch Kollege M e u t e r namens des Bezirksvorstandes und Kollege W e n d e r i n g namens der Sparten den Willkommengruß entboten hatte, ging man zur Tagesordnung über. Ein Kollege wurde aufgenommen und einer ausgeschlossen. Der Kassensbericht, der gedruckt vorlag, fand keine Beanstandung, und dem Kassierer wurde einstimmig Entlastung erteilt. Ein Antrag Elberfeld: „Es sind statt Auitungsarten Auitungsblätter mit Anhang der Gau- und Zentralkomitees einzuführen“, fand einstimmige Annahme. Ein Antrag Dortmund zu § 2 der Satzungen: „Grundbedingung ist Zugehörigkeit zum Verband der Deutschen Buchdrucker oder einer andern freigewerkschaftlichen Organisation“, wurde nach eingehender Diskussion, weil ungewinnlich, zurückgezogen. U. a. wurde der Vorstand beauftragt, mit folgendem Hinweis an sämtliche Sparten im Gau heranzutreten: „Tritt ein Kollege infolge Berufswechsels zu einer andern Sparte über, so nur dann, wenn derselbe in der alten Sparte keine Verpflichtungen erfüllt hat.“ (Eine unvollständige Haftung! Schriftleitung.) Aus Anlaß des 20jährigen Bestehens unsrer Gauvereinerung wurde der Bezirk Dortmund ermächtigt, durch eine Kranzniederlegung des verstorbenen Gründers, Kollegen Köhler, zu gedenken. Sodann hielt Kollege C a n j (Müllesdorf) einen Vortrag „Die Entstehung eines Buchstabens“. Von der Erfindung Gutenbergs ausgehend, schilderte er ausführlich den Werdegang des Buchstabens bis zu seiner heutigen Entstehung. Der Vortrag war für die Kollegen recht beachtenswert, und Vorsitzender Z i e h e r sprach dem Referenten den Dank der Versammlung aus. Als nächster Versammlungsort wurde nach eingehender Debatte Essen gewählt. Unter „Verschiedenem“ kam u. a. auch der von der Zeitschrift besichtigte Lohnabbau zur Sprache. Wir sind entschlossen, diesem Beginnen mit allen gewerkschaftlichen Mitteln entgegenzutreten.

Leipzig. In der Gau mitgliedererversammlung am 24. September berichtete Kollege H e s s e l b a r t h unter „Berichtsmittlungen“ über den derzeitigen Stand der Arbeitslosigkeit und über die Verhandlungen mit der Kreisleitung des Deutschen Buchdrucker-Vereins wegen eines eventuellen Abschlusses der Beschäftigungsordnung für Sachsen. Zur Unterstützung des englischen Bergarbeiterstreiks seien vom Gauvorstand bisher dreimal 2000 M. aus Gaumitteln bewilligt worden. Nach der Bekanntgabe von einigen Mitgliedervorschlägen wurden noch einige organi-

historische Angelegenheiten den Kollegen zur Kenntnis gebracht. In der Aussprache wurde von zwei Rednern die Verlängerung des Lohnabkommens mißbilligt und von einigen andern zur Lehrlingsbewegung und Erwerbslosenfrage gesprochen. Ein Antrag zur weiteren finanziellen Unterstützung des englischen Bergarbeiterkampfes wurde dem Gewerkschaftsrat zur Berücksichtigung überwiesen. Im Schlußwort wurden die vorgetragenen kritischen Bedenken zum Lohnabkommen zersplittert. Anschließend sprach im Rahmen der Werbewoche der Bühlergilde Gutenberg Lehrer J. Schönherz über Arbeiterdichtung. Nach einer allgemeinen Einführung in das Gebiet dieser jungen Literatur schloß er in fesselnder Weise das Leben und Schaffen der Dichter Karl Bröger, Heinrich Lerch und Gerrit Engelke. In seinen Schlußausführungen verwies der Redner auf die Bestrebungen der Bühlergilde und ermunterte die Kollegen, das begonnene Werk eifrig zu unterstützen.

Uebek. Die am 26. September in Schönberg abgehaltene Bezirksversammlung war gut besucht. Aus Schönberg waren 14, aus Gredesmühlen 12, aus Uebek 93, zusammen 119 Kollegen, anwesend, aus unser Gewerkschaftler Dahme nahm an der Zusammenkunft teil. Mit dem Uebek "Heil Gutenberg" eröffnete die stark vertretene "Graphische Wiederkehr" die Versammlung. Aus Schönberg und Gredesmühlen wurde über zurückliegende Beschäftigung berichtet, während am Bezirksvorsitz durch Arbeitslosigkeit und Krankheit rund 10 Proz. der Mitglieder aus dem Produktionsprozeß ausgegliedert sind. In einem nach Form und Inhalt vorzüglichen Vortrag erläuterte der Reichstagsabgeordnete unser Kreis, Herr Dr. J. Leber, die Ursachen der gegenwärtigen Wirtschaftskrise und verzweigt auf Notwendigkeiten, ohne deren Erfüllung an eine Besserung nicht zu denken sei. Nege Aufmerksamkeit und lebhafter Beifall befandeten dem Redner Interesse und Dank der Versammelten. Bei der Festschließung der nächsten Bezirksversammlung wurde u. a. vorgeschlagen, diese gemeinsam mit den Nachbarbezirken abzuhalten. Diese Anregung sowie eine weitere, die Möglichkeit eines gemeinsamen Besuchs des Verbandshauses zu untersuchen, wurden dem Vorstand überwiesen. Nachdem Kollege Dahnke und Bezirksvorsitzender Burmeister noch einige Mitteilungen allgemeiner Natur gemacht hatten, schloß mit dem Vortrage von zwei Liedern und einem Hoch auf den Verband die von freundschaftlichem Geiste erfüllte, anregend verlaufene Versammlung.

Ludwigshafen a. Rh. Unsere am 19. September in Frankfurt abgehaltene Halbjahresbesitzersversammlung war sehr gut besucht; anwesend waren Kollegen aus Speier, Ludwigshafen, Frankfurt und Grünstadt, die Bezirksvorsitzender Casper herzlich begrüßte. Vor Eintritt in die Tagesordnung wurde drei vorerwähnter Kollegen ehrend gedacht. Unter "Geschäftlichem" gab der Vorsitzende u. a. Kenntnis von einem Schreiben des Gesangsvereins "Gutenberg" (Ludwigshafen), der nächsten Jahr seine Jahneinweihung in Verbindung mit dem zweiten Pfälzischen Kollegentreffen abhalten will, bei dem der Bezirk seine Mitwirkung zulassen soll. Nach freier Aussprache stimmte die Versammlung diesem zu. Zwei Kollegen wurden aus der Lehrlingsabteilung übernommen und ein Kollege wieder aufgenommen. Nach Entgegennahme des Kassensberichts, erstattet vom Bezirkskassierer Geiger, wurde diesem für gute und ordnungsmäßige Führung der Kasse Entlohnung erteilt. Den Hauptpunkt der Tagesordnung bildete ein Vortrag des Kollegen Dillig (Speier): "Ein Gang durch die 'Gefolte'". Beginnend mit einer Rheinreise, schilderte der Referent die Größe und Bedeutung der Aufstellung mit einer kleinen Besprechung der einzelnen Aufstellungshallen und hob dabei besonders hervor, daß die Sozialversicherung (Krankenfälle usw.) weiter ausgebaut werden müsse. In seinem Vortrag verstand es der Referent, die Aufmerksamkeit der Anwesenden zu fesseln. Reicher Beifall lohnte seine Ausführungen. Einige Drucksaften von der "Gefolte" waren zur Ansicht aufgelegt. Vor Beginn und am Schluß der Versammlung brachte der Gesangsverein "Gutenberg" (Ludwigshafen) mit einer stattlichen Sängerschaft wieder prächtig zu Gehör, die einen wahren Sturm der Begeisterung auslösten. In dem Bewußtsein, wieder in der erst kollegialen Sinne gearbeitet zu haben, schloß der Vorsitzende mit Dankesworten die gut verlaufene Versammlung. Viel zu schnell schwanden die Stunden, die uns die Frankfurter Kollegen durch die Übertragung der "Tanz"-Kapelle boten. Mögen solcher Versammlungen noch viele folgen.

Meerane. Einem Wunsch vieler Kollegen nach beruflicher Fortbildung entsprechend, unternahm die Mitgliedschaft Meerane in Gemeinschaft mit zahlreichen Kollegen aus Krimmitschau und Glauchau am 3. Oktober eine Fahrt nach Leipzig, um daselbst eine Farbenfabrik zu besichtigen. In lebenswürdiger Weise hatte die Firma Springer & Müller ihren Betrieb hierzu zur Verfügung gestellt. Im Laboratorium genannter Firma hielt zunächst der Herr Direktor den in großer Zahl versammelten Kollegen einen durch experimentelle Beispiele interessant gehaltenen Vortrag über die Entschöpfung und Zusammensetzung unserer Druckfarben. In drei Abteilungen wurden sodann die Kollegen durch sämtliche Betriebsräume des umfangreichen Werkes geführt, um unter sachkundiger Leitung den vielfältigen Produktionsprozeß der Druckfarbenherstellung zu verfolgen. Sämtliche Kollegen waren hochbefriedigt von dieser Besichtigung, die allen eine Fülle von Belehrungen und nachhaltigen Eindrücken vermittelte. Der Firma Springer & Müller lagen wir auch an dieser Stelle für das außerordentlich konstante Entgegenkommen unsern besten Dank. Der Besuch dieses Werkes wird uns stets eine angenehme Erinnerung sein.

Memmingen. Am 26. September fand hier unsere Herbstbezirksversammlung statt; sie war ziemlich gut besucht. Nach Erledigung des geschäftlichen Teils und Bericht vom Gantag hielt Gewerkschaftler Hemmerich ein Referat über "Gewerkschaftstragen und wägriges Verbandsabkommen", wofür ihm reicher Beifall gezollt wurde. Nach längerer sachlicher Diskussion und Erledigung der weiteren Tagesordnung fand die Versammlung ihren Abschluß. — Der Nachmittag vereinigte die Kollegen bis zur

Absahrt der auswärtigen Kollegen noch bei gemühtlichem Beifammensein.

Neudamm. (D r u c k e r.) Am 2. Oktober unternahm unser Verein einen Ausflug nach Berlin. Es erfolgte zuerst eine Besichtigung der Walzengießerei von Paul Sauer. Nach einer Begrüßung durch den Direktor der Firma wurden die Teilnehmer durch die Fabrikationsräume der Anstalt geführt, wobei der Herstellungsvorgang des Walzengießens praktisch erläutert wurde. Nach einer Bewirtung in den Kontraktoren der Firma Sauer, trafen sich die Teilnehmer mit den Frankfurter Kollegen. Kollege Boewer (Berlin) hielt nun einen Vortrag über das Tiedruckverfahren. Bei der nachfolgenden Besichtigung der "Wohnitz"-Tiedruckerei hatte jeder Teilnehmer Gelegenheit, den Notations- sowie Schließdruck in Betrieb zu sehen. Am folgenden Tage fanden sich alle Teilnehmer im Verbands-haus ein, um dieses kennen zu lernen. Nach Besichtigung sämtlicher Räume trafen sich die Kollegen im großen Sitzungssaal, wo Kollege Dörband sowie Kollege Barth Begrüßungsworte an die Erschienenen richteten. Letzterer machte dann noch einige kurze Ausführungen über die Bühlergilde Gutenberg, die darin gipfelten, jeden Kollegen der Bühlergilde zuzuführen. Nachdem die Teilnehmer nach einige Stunden mit den Berliner Kollegen verabschiedet hatten, die eine kleine Druckausstellung arrangiert hatten, trennte man sich mit dem Gedanken, einige anregende Stunden verbracht zu haben. Der Firma Sauer und der Direktion der "Wohnitz"-Druckerei sowie dem Verbands-vorstand und den Berliner Kollegen für ihre freundliche Aufnahme auch an dieser Stelle unsern besten Dank.

Neustadt a. d. Hb. (M a s c h i n e n s e h e r.) Am 19. September hielt der Bezirk Neustadt-Bandau eine Bezirksversammlung ab, zu der auch die Kollegen aus Kaiserslautern anwesend waren. Die Versammlung wurde durch den Vorsitzenden Jacquet eröffnet, er betonte vor allem, daß die Versammlung eigentlich mehr eine kollegiale Zusammenkunft und Aussprache sein soll und gab seiner Freude über den zahlreichen Besuch, besonders der Kollegen von Kaiserslautern, Ausdruck. Hierauf ergriff unser Veteran, Kollege Wisinger, das Wort zu einem interessanten Vortrag über: "Die Vergangenheit der Schmalzmaße". In längeren, klaren und verständlichen Ausführungen verstand es der Referent, die Geschichte der Entstehung und Weiterentwicklung der Schmalzmaße im Geiste an den aufmerksamsten Zuhörern vorüberziehen zu lassen. Der Vortrag bot besonders der jüngeren Generation viel Wissenswertes, und der am Schluß gezeigte Beifall bewies, wie sehr sich Kollege Wisinger mit diesem Vortrag gegenüber seinen Kollegen verdient gemacht hatte. — Nachmittags fand ein Spaziergang in das Weindörferchen Haardt statt, woselbst in der Winzergenossenschaft bei diversen Schoppen echten Pfälzer Weines bald eine buhrenderische Stimmung herrschte. Man trennte sich abends mit dem Wunsch, recht bald wieder solche Zusammenkünfte veranstalten zu wollen.

Nürnberg. (M a s c h i n e n s e h e r.) Obwohl der 21. November der eigentliche Geburtstag unserer Vereinigung war, beschloß man, die Feier des 25jährigen Bestehens aus auf einen früheren Tag im Sommer zu verlegen, damit die auswärtigen Kollegen, die der Vereinigung angehören, das Fest besuchen könnten. Und so sah das "Lehrerheim" in seinem großen Saale am 11. September eine stattliche Zahl auswärtiger und Nürnberger Kollegen vereint. Den musikalischen Teil hatte die Orchester-Gemeinschaft übernommen. Nach dem vom Gesangsverein "Typographia" meisterhaft vorgetragenen Althymnischen "Gefolgung" begrüßte Vorsitzender August Eder die Festteilnehmer mit herzlichsten Worten. Übergend zur eigentlichen Festrede, entrollte er ein anschauliches Bild vom Werdegang der Vereinigung. Er schilderte, wie 1901 sich 14 Kollegen zusammenschlossen und die Vereinigung gründeten. Von diesen 14 Kollegen weisen noch sieben in unserer Mitte, und es gelte heute abend, auch diese Kollegen zu ehren. Sodann gedachte er des Gründungs Vorstandes der Vereinigung, des Kollegen Fiedler, und feierte hierauf mit kurzen, kräftigen Worten die Jubilare Masberg, Baronius, Welz, Jansow, Krummacker, Nähr und Schönhut. Unter Überreichung einer Ehrenurkunde beglückwünschte Kollege Eder dieselben und sprach die Hoffnung aus, daß sie noch lange in geistiger und körperlicher Tätigkeit in unserer Mitte verweilen dürften, aber nicht nur in unsern Reihen sein, sondern fleißig an unser Sparte mit und weiterarbeiten möchten. Stirnmüher Beifall erntete unser Guß für seine mandmal wirklich humorvollen Ausführungen. Hierauf überbrachte Kollege Strobel (München) die Glückwünsche des Vorstandes der Maschinenvereinerzeugung Bayerns, beglückwünschte die Jubilare und überreichte ihnen eine von der Weggenhaller Schmalzmaße-fabrik gestiftete Ehrennadel. Kollege Fischer (München) sprach die Glückwünsche des Ortsvereins München aus. Vom Regensburger Verein brachte Kollege Reiner die herzlichsten Glückwünsche mit. Bezirksvorsitzender Baier (Nürnberg) übermittelte die Glückwünsche des Ortsvereins Nürnberg sowie die sämtlicher Sparten. Hierauf entledigte sich Kollege Kerzschner (Münchberg) seines ehrenvollen Auftrages und beglückwünschte die Maschinenvereinerzeugung und die Jubilare aufs herzlichste unter Überreichung eines Kruges. Bamberg wollte nicht zurückbleiben, und Kollege Dittler überreichte nach seinen Glückwünschen ebenfalls einen Krug. Kollege Eder gab noch einige Glückwunschelegramme und schriebe bekannt. Kollege Krumbacher dankte hierauf im Namen der Jubilare in herzlichsten Worten für die Ehrung. Hiermit war der feierliche Akt des Jubiläumsvorüber und es konnte in dem Festprogramm weitergeführt werden. In einem ausserordentlichen Programm, das neben vorzüglichen Musikstücken noch zwei gemischte Chöre und zwei Frauenchöre des Gesangsvereins "Typographia" aufwies, entleierten bald die Stunden. Kollege Thieser brachte die Nachmusik aller Erschienenen durch seine humoristischen Vorträge in Bewegung. Endlich begann der Tanz. — Sonntag früh wurde eine Bezirksversammlung in Leipzig abgehalten, die überführt war. Kollege Eder begrüßte die Anwesenden und gab einen kleinen Rückblick über das letzte Jahr. Kollege Strobel (München) hielt ein kurzes Referat, das mit Beifall aufgenommen wurde. Nach einigen kleinen Mitteilungen wurde zum gemeinsamen Mittags-

maß geschritten, das in harmonischer Geselligkeit verlief. Mittags 2 Uhr folgte ein kleiner Sehenwürdigkeitsbummel durch die Stadt, um später noch einmal bei einem Glase Bier sich zusammenzufinden. Gar zu bald verrienen die Stunden und abends gegen 7 Uhr entleierten die auswärtigen Gäste den Mauern Nürnbergs, mit dem Bewußtsein, einige recht kollegiale Stunden verbracht zu haben.

Allgemeine Rundschau

Nachahmendes Beispiel. Eine schöne Feier veranstaltete die Buchdruckerei Joh. Zell in Miederahna. In anläßlich der 25jährigen Geschäftszugehörigkeit eines Gesellen. Die Druckerei war prächtig geschmückt. In einer herzlichen Ansprache beglückwünschte der Inhaber den Jubilar und überreichte ihm das vom Deutschen Buchdrucker-Bereich gestiftete Ehrenzeichen und ein Geldgeschenk von 250 M. Das ist um so höher anzuerkennen, als in dieser Offizin die schöne Sitte noch besteht, die Geschäftszugehörigen zu Weihnachten mit Gaben und Geldgeschenken zu erfreuen.

Weiterprüfung. Der Seherkollege Paul Kretschmer in Saynau (Schles.) bestand vor der Meisterprüfungskommission der Leignitzer Handwerkskammer die Meisterprüfung mit der Note „Sehr gut“.

Warnung vor Auswanderung nach Amerika. In der neuesten hier eingetroffenen „Buchdruckerzeitung“, dem offiziellen Organ der Deutsch-Amerikanischen „Typographia“, ist ein Situationsbericht des Bundessekretärs in New York, datiert vom Anfang Oktober, enthalten, der als Warnungsspruch an die Kollegen in Deutschland und Österreich anzusehen ist. Die Rundgebung, um deren Weiterverbreitung die deutschen und österreichischen Fachblätter und Verbandsorgane erludt werden, lautet wie folgt: „Im Laufe der letzten Monate trafen eine Anzahl Briefe im Hauptquartier der Internationalen Typographical Union in Indianapolis sowie beim Bundessekretär der Deutsch-Amerikanischen Typographia ein, in welchen Schriftgießer aus Deutschland und Österreich ersuchten, ihnen beizustimmen, Stellung in Amerika zu erlangen oder zur Überfahrt zu verhelfen. Das Kontraktarbeitergesetz der Vereinigten Staaten verbietet eine solche Handlung. Außerdem existiert in den Vereinigten Staaten kein Mangel an Schriftgelehrten, und ganz besonders nicht an deutschen Schriftgelehrten. Durch den unglücklichen Weltkrieg mußten viele deutsche Zeitungen in Nordamerika ihr Erscheinen einstellen und die hieron betroffenen Kollegen mühten und müssen immer noch ihr Leben mit anderer Arbeit fristen, und warten noch immer darauf, wieder als deutsche Seher Beschäftigung zu finden. Daß unter solchen Umständen einanderbe deutsche Schriftgießer wenig Arbeitsgelegenheit finden, ist wohl leicht begreiflich, und dies um so mehr, wenn der Einwandernde kein Maschinenseher ist; Handscher haben fast gar keine Aussicht auf Beschäftigung. Seher, welche mit der englischen Sprache vertraut sind, haben auch in deutschen Druckereien den Vorzug, denn fast alle deutschen Druckereien haben ein typisches deutsch-amerikanisches Gepräge, da in vielen Zeitungen Insete aus dem Seher ins Deutsche überetzt werden und es wohl gar keine Aufwandsdruckerei gibt, in denen ausschließlich deutsche Arbeit geliefert wird. Um mit der englischen Sprache sachmännlich vertraut zu werden, bedarf es, wenn keine gute Vorbildung vorhanden ist, mehrerer Jahre. Die Aussicht, hier in Amerika als deutscher Seher rasch Kondition zu bekommen, ist absolut nicht richtig. Es berührt peinlich, wenn Eingewanderte Einwanderungslustigen solche Mitteilungen machen müssen, aber um vor Enttäuschungen zu schützen, muß der Stand der Dinge so dargestellt werden wie er ist.“

Korrektorstelle beim Internationalen Arbeitsamt zu belegen. Im „Deutschen Reichs- und Preussischen Staatsanzeiger“ vom 29. Oktober war folgende Ausschreibung enthalten: „Beim Internationalen Arbeitsamt in Genf ist eine Korrektorstelle mit einem Reichsdeutschen zu belegen, die hiermit ausgeschrieben wird. Das Anfangsgehalt für diesen Posten beträgt 8700 Schweizer Franken. Für die Besetzung dieser Stelle werden gefordert: Vollständige Kenntnis des Korrektorbereichs, möglichst praktische Erfahrungen in Druckarbeiten. Gute Kenntnis der deutschen Sprache. Ausreichende Bornkenntnis der französischen oder der englischen Sprache. Mindestalter 18 Jahre, Höchstalter 45 Jahre. Vollständige Gesundheit und gute Augen. Der Bewerber muß beizufügen: 1. Zeugnisse und Empfehlungen, aus denen hervorgeht, daß der Bewerber die oben verlangten Fähigkeiten besitzt. 2. Eine Geburtsurkunde. 3. Ein ärztliches Zeugnis.“ Bewerbungen um die ausgeschriebene Stelle sind an Direktor M. Donau, Berlin NW 40, Scharnhorststraße 35, bis spätestens 7. November 1926 zu richten. Bewerbungen, denen die geforderten Unterlagen nicht beigefügt sind, können nicht berücksichtigt werden. Weitere Auskünfte erteilt das Internationale Arbeitsamt, Amt Berlin NW 40, Scharnhorststraße 35.

Aufstellung der Druckerei der Interalliierten Rheinland-Kommission. Einer Meldung aus Koblenz zufolge ist die bisher im dortigen Regierungsgebäude untergebrachte Druckerei der Interalliierten Rheinland-Kommission, die bisher die Abwicklung des in Koblenz erscheinenden Nachrichtenblattes ausübte und die Drucksaften für die Rheinland-Kommission anfertigte, aufgelöst worden. Die Maschinen und sonstigen Einrichtungsgegenstände der Druckerei, die in der Hauptphase aus deutschen Zeitungsbetrieben beschlagnahmt worden sind, sind zum Teil an die Reichsverwaltungsurteilung zurückgegeben worden oder werden im Auktionswege zur Versteigerung gebracht. Der bisherige Direktor des Unternehmens hat die Redaktion der in Straßburg neu erscheinenden Tageszeitung „Elsaß“ übernommen.

Wienerschätze der Leipziger Stadtbibliothek. Anläßlich der diesjährigen Jahresversammlung der Gesellschaft der Bibliophilen in Leipzig vom 23. bis 25. Oktober wurde dort ein neuer Ausstellungsraum in der Stadtbibliothek eröffnet, in dem die kostbarsten Bücher der Bibliothek ausgestellt sind. Die Ausstellung selbst gliedert sich in drei Gruppen: 1. Handschriften, 2. Gedruckte Bücher und 3. Kostbare Musikalien. In der ersten Gruppe findet sich ein wert-

